



ANDREAS BRAUNE

Erinnerung in Stücken

Zur Denkmalkultur der Weimarer Republik und ihren Spuren



Hessische Landeszentrale
für politische Bildung

E-Book



DENKMALE

ZUM NACHDENKEN

ANDREAS BRAUNE

Erinnerung in Stücken

Zur Denkmalkultur der Weimarer Republik und ihren Spuren



Hessische Landeszentrale
für politische Bildung

WIESBADEN 2024

Hessische Landeszentrale für politische Bildung

Mainzer Str. 98-102

65189 Wiesbaden

0611 32 55 40 51

poststelle@hlz.hessen.de

www.hlz.hessen.de

 /hlzpb

 /hessischelandeszentrale

 /hlz@hessen.social

 /hlz_pb

Layoutkonzeption:

Jannis Tanner - histo.vision

Satz:

Pauline Bietau

Coverbild:

Einweihung des Preußischen Ehrenmals in Berlin 1931

© Bundesarchiv, Bild 102-11786 (Uhrheber unbekannt) CC-BY-SA 3.0, unbearbeitet

(Wikimedia Commons)

Textlizenz:

Creative Commons CC-BY-ND (Namensnennung/Keine Bearbeitung/4.0 International).

Das Coverbild unterliegt eigenen Lizenzbedingungen.



ISBN: 978-3-943192-81-0

ISSN: 2942-285X

Inhaltsverzeichnis

Erinnerung in der Nachkriegsgesellschaft	5
Die Pluralität der Weimarer Denkmalkultur	6
Kein Bildersturm	6
Das Zentralthema: Verarbeitung des Weltkrieges	7
Weitere Felder der Deutungskämpfe in Denkmalsform	12
Kolonialdenkmäler	12
Historische und kulturelle Denkmäler für die Republik	14
Politische Denkmäler für und gegen die Republik	15
Verschlungene Pfade: Nachwirkungen der Weimarer Denkmalkultur	19

Andreas Braune

Erinnerung in Stücken

Zur Denkmalkultur der Weimarer Republik und ihren Spuren

Erinnerung in der Nachkriegsgesellschaft

Am 9. November 2007, exakt 89 Jahre nach der Ausrufung der ersten deutschen Republik und etwas mehr als siebzehn Jahre nach dem Vollzug der deutschen Einheit, beschloss der Deutsche Bundestag die Errichtung eines „Freiheits- und Einheitsdenkmals“ in Berlin. Genau 14 Jahre später, im Jahr 2021, wird eine Fertigstellung für das Jahr 2022 angestrebt. 14 Jahre sind eine kurze Zeit und sie entspricht exakt der Lebensdauer, die der ersten deutschen Demokratie vergönnt war. Wenn es dem demokratischen und wiedervereinten Deutschland in einem geeinten und friedlichen Europa in 32 Jahren nicht gelungen ist, einen geschichtspolitischen Konsens dieses Erreichten zu stiften und in Denkmalform zu bringen, wie kann man dann auch nur etwas Vergleichbares von der Weimarer Nachkriegsgesellschaft erwarten?

In der Weimarer Republik gab es diesen Konsens bekanntlich nicht: Es gab keinen Konsens über „Wesen und Wert der Demokratie“ (Hans Kelsen), über die Staatsform der Republik, über die Farben der deutschen Flagge, über den Weltkrieg und die Gründe der Niederlage oder über die Deutung der Revolution, die am 9. November 1918 das Kaiserreich beendete und am 31. Juli 1919 zur Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung führte. Die deutsche Gesellschaft blieb bis nach 1918 eine in sozialmoralische Milieus und weltanschauliche Lager gesplante

Gesellschaft, in der je nach Standpunkt zu all diesen und weiteren Fragen sehr gegensätzliche Positionen eingenommen wurden. In vielerlei Hinsicht verschärften Revolution und Republikgründung Gegensätze, die es schon im Kaiserreich zwischen den unterschiedlichen Lagern gegeben hatte. Mit der kommunistischen Linken und der zunächst völkischen, später der an Zuwachs gewinnenden nationalsozialistischen Rechten kamen neue und noch unversöhnlichere Lager hinzu.

Gleichwohl: ein einigendes Band, einen integrierend wirkenden Faktor gab es durchaus: Die Niederlage im Weltkrieg mit all ihren Folgen. Wir sind es heute gewohnt, den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und insbesondere den Holocaust als erinnerungspolitischen Dreh- und Angelpunkt des 20. Jahrhunderts zu begreifen. Eine ähnliche Funktion nahm für die Zeitgenossen der Weimarer Republik der Erste Weltkrieg ein, den der Historiker George F. Kennan nicht ohne Grund die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ genannt hatte. Im Vergleich zu allen anderen bisherigen Kriegen hatte er so unvorstellbare Ausmaße angenommen, dass er einem Zivilisationsbruch vor dem Zivilisationsbruch gleichkam – und entsprechend verarbeitet werden musste. So erbittert auch über die Ursachen der Niederlage gestritten wurde, so einigend blieb dabei das Bild der Nation als Schicksalsgemeinschaft und die Erinnerung an den ‚Burgfrieden‘ bzw. die überparteiliche Einigkeit im Krieg, selbst wenn beide stärker in der Propaganda existierten als in der Realität.

Wenn auch politisch sehr unterschiedlich konnotiert, konnte die Wiedererlangung der ‚Volksgemeinschaft‘ daher zum lagerübergreifenden Sehnsuchtsort werden, lange bevor der Begriff von den Nationalsozialisten okkupiert und völkisch-rassistisch monopolisiert wurde. Auch der Versailler Vertrag und die mit ihm verbundenen materiellen und moralischen Herabsetzungen wirkten insofern integrierend, als dass die „Wiedererrichtung“ oder der „Wiederaufstieg“ Deutschlands eine nahezu alle politischen Lager überwölbende Zielvorstellung bildete. Und schließlich waren alle Deutschen vor die Aufgabe gestellt, dem massenhaften Sterben in den Schützengräben, den Verstümmelungen und Entbehrungen einen Sinn zuzuschreiben, nachdem das alte Wertesystem und die alte politische Ordnung, die diesen Sinn zunächst gespendet hatte, mit der Revolution abhanden gekommen war. Auch wenn auf dieser Sinnuche und in der Trauerarbeit über die unzähligen Kriegstoten erneut sehr unterschiedliche Antworten gefunden und gegeben wurden, so bildeten sie doch den allgemeinen Rahmen und auch den inhaltlichen Kern des erinnerungspolitischen Ringens der Weimarer Nachkriegsgesellschaft.

Die Pluralität der Weimarer Denkmalkultur

Kein Bildersturm

Zunächst ist wichtig zu betonen, dass es weder im Zuge der Revolution 1918/19 noch in ihrem Nachgang zu einer Bilder- oder Denkmaltümmerei gegen das Kaiserreich und seine Erinnerungskultur gekommen ist. Auch mit den verflossenen Fürsten, ihrem Eigentum und den unzähligen Schlössern wurde vergleichsweise mild bzw. schonend umgegangen. Allzu monarchistische Symbole und Bezeichnungen verschwanden zwar mehr oder minder still-

schweigend aus dem öffentlichen Raum, aber zur betont antimonarchistischen Geste wuchs sich dies nicht aus. Diese Nachsicht mochte der Republik im Nachgang als Mangel an Selbstbewusstsein und republikanischem Sendungsbewusstsein ausgelegt werden, ähnlich wie die Kooperation mit den alten Eliten in Militär und Verwaltung nach 1945 als zu zögerlicher Aufbruch in die Demokratie gewertet wurde. In dem historischen Moment des Aufbruchs in die Republik war es aber durchaus eine bewusste und auch selbstbewusste Entscheidung, sich nicht in einem Bildersturm gegen das Ancien Régime zu stellen. Darin steckte einerseits das in sozialdemokratischen und linksliberalen Kreisen artikulierte Selbstbewusstsein, dass mit der Republikgründung historisch Notwendiges und Richtiges geschehe und sich damit ein Nachtreten gegen die alte Ordnung nicht lohne. Andererseits sollte den Anhängern der Monarchie eine Brücke in die neue Ordnung gebaut werden, was durch eine aggressive Diffamierung des Kaiserreichs oder einen republikanischen Triumphalismus erschwert worden wäre. Zudem stellte sich die Republik, indem sie den Staatsnamen „Deutsches Reich“ weiterhin trug,¹ durchaus auch in die Tradition der Reichsgründung von 1871. Angesichts von Gebietsabtretungen, alliierten Besatzungen und drohendem Separatismus an den Rändern bildete das Thema der Einheit des Reiches ein durchgehendes Motiv in der Weimarer Republik. Es hätte demnach gegen diesen Grundtenor widersprochen, wenn man gegen all die Bismarck-Türme und kleineren, größeren und gigantischen Monumente borussisch-deutscher Herrlichkeit (z.B. Hermannsdenkmal, Porta Westfalica, Kyffhäuserdenkmal, Völkerschlachtdenkmal) vorgegan-

¹ Siehe hierzu die Präambel der Verfassung: "Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben."

gen wäre. Was man sich mit dieser Nachsicht gegenüber der wilhelminischen Denkmalkultur aber dann doch einhandelte, war das Vorhandensein von Wallfahrtsorten und Kristallisationspunkten für antirepublikanische, militaristische und national-revanchistische Aktivitäten verschiedenster Veteranen-, rechtskonservativer und völkischer Gruppierungen. Für diese – beispielsweise den Kyffhäuserbund – war es dann in aller Regel auch ein leichtes, nach 1933 den Weg von der antirepublikanischen Agitation in den Nationalsozialismus zu gehen und sich mit ‚ihren‘ Denkmälern der NS-Propaganda von der Wiederauferstehung Deutschlands anzubiedern. Diese Kontinuität und rechtsnationale Besetzung der wilhelminischen Denkmalkultur war aber nur ein Bestandteil einer insgesamt sehr heterogenen und sich dynamisch entwickelnden Denkmallandschaft in der Nachkriegszeit. Charakteristisch ist dabei, dass der Staat – sei es das Reich oder die Länder – kaum eine zentrale Rolle einnahm. Das lag zum einen daran, dass es in der unmittelbaren Nachkriegszeit drängendere innen-, außen- und sozialpolitische Aufgaben gab, zum anderen aber auch daran, dass ein eben erst neu konstituierter Staat nicht ohne Weiteres über eine klare geschichtspolitische Position, ein ihr entsprechendes Gestaltungs- und Erinnerungsprogramm oder die hierfür nötigen Narrative verfügen kann. Hinzu kam die prekäre materielle Situation der Gesellschaft insgesamt, aber auch der staatlichen Haushalte. Rein repräsentative bzw. symbolische Großbauten wären da kaum zu vermitteln gewesen – von den längeren Planungs- und Bauzeiten bei Großprojekten in einer nur wenige Jahre währenden Republik einmal ganz abgesehen.

Das Zentralthema: Verarbeitung des Weltkrieges

Die Weimarer Denkmallandschaft war daher weit weniger eine „offizielle“, vom Staat

maßgeblich gestaltete, als wir es heute mit einer von Gedenkstättenkonzepten abgedeckten, weitgehend aus Steuermitteln finanzierten und parlamentarisch-demokratisch ausgestalteten Gedenkkultur kennen. Die geringe – aber nicht völlig ausbleibende! – Aktivität der Republik ließ daher zunächst entsprechenden Raum für private, ‚zivilgesellschaftliche‘ und lokale Initiativen. Das Attribut zivilgesellschaftlich muss hier apostrophiert werden, weil es zwar tatsächlich Vereine, Verbände und lokale ‚Komitees‘ waren, die neue Denkmalprojekte anstießen und umsetzten. Gerade ‚zivil‘ waren sie aber in aller Regel nicht, weil es oftmals Veteranen-Organisationen, Kameradschaften ja bis hin zu einzelnen Truppenteilen oder Einheiten der nunmehr weitgehend demilitarisierten Reichswehr waren, die sich unmittelbar nach dem Krieg an die Erinnerungspflege machten. Dabei kamen der Wunsch nach Andenken an die Gefallenen, das Bedürfnis nach Aufrechterhaltung von Gefühlen der Gruppenzugehörigkeit nach Kriegsende, die Verarbeitung der Niederlage und Sinnstiftung für die erbrachten Opfer, aber auch die Artikulation des Ziels der Wiedererlangung alter Stärke als wesentliche Motive zusammen. „Wir / toten Flieger blieben / Sieger / durch uns allein / Volk / flieg Du wieder / und Du wirst / Sieger / durch Dich / allein“ lautet etwa die Inschrift am schon 1923 eingeweihten Fliegerdenkmal auf der Wasserkuppe, initiiert von der „Kameradschaft Ring der Flieger“. Ähnlich der Sinnspruch am Marine-Ehrenmal Laboe: „Für deutsche Seemannsehr‘ / Für Deutschlands schwimmende Wehr / Für beider Wiederkehr“. Die Errichtung war vom „Deutschen Marinebund“ als Dachverband lokaler Marine-Kameradschaften initiiert worden. Die Grundsteinlegung erfolgte 1927, die Fertigstellung und Eröffnung in Anwesenheit Adolf Hitlers erst 1936. Ohne größere Probleme konnte diese in Weimar-Deutschland konzipierte Militär-Erinnerung also in den Nationalsozialismus überführt werden. Um diesen zwei wohl bekanntesten Beispielen einer nach Truppengattung organisierten Erinnerung noch eine drit-

te, weniger bekannte aus dem geographischen Umfeld des Autors hinzuzufügen:

Schon 1921 errichtete der „Bund deutscher Blinker“ in Jena ein Denkmal zu Ehren der gefallenen Kameraden. Die Fernmelder wurden in der Carl-Zeiss-Stadt an Signalgeräten des Optik-Unternehmens für den Einsatz im Feld ausgebildet und wählten daher Jena als Gedenkort. Ein mit Stahlhelm, zwei Eisernen Kreuzen und Eichenlaub verzierter Kubus mit Kreuzsilhouette gedachte am Rande des Übungsgeländes mit der Inschrift „1914 – Unseren Helden – 1918. Die deutschen Blinker“. In der DDR verschwand und verwitterte das Denkmal im Gestrüpp und wurde erst kürzlich in modifizierter Form und nicht ohne Kontroversen restauriert.

Für solche und ähnliche Initiativen brauchte es direkt nach dem Krieg nicht viel mehr als eine interessierte Vereinigung, eine gewisse Spendenbereitschaft oder andere Arten der Mittelakquise und die Bereitschaft zur Unterstützung durch die betreffenden Städte und Gemeinden. Es ist schwer, das im großen Maßstab verlässlich zu rekonstruieren, aber zu einem Großteil sind solche Aktivitäten durch interne und externe Spenden oder anderes privates Kapital finanziert worden. Städte und Kommunen beteiligten sich etwa durch die Bereitstellung von Grundstücken oder auch finanzielle Zuschüsse, seltener die Länder und noch seltener das Reich. Deren Vertreter oder auch die Reichswehr nutzten die breite Bühne aber durchaus, um sich bei Einweihungsfeiern am Erinnerungs- und Verarbeitungsdiskurs durch ihre Präsenz und entsprechende Reden und Grußworte zu beteiligen.

Gerade an der lokalen Unterstützung mangelte es in einer Situation der Kriegs- und Niederlagenbewältigung zudem selten. Denn in nahezu allen Kommunen bis hinunter zum Dorf wurde zeitgleich der ‚gefallenen Söhne‘ gedacht. Das mochte dadurch geschehen, dass bestehende Anlagen zum Andenken an die Gefallenen der Einigungskriege ergänzt wurden, oder durch die Neuerrichtung von Denkmälern, Gedenkhainen, Kriegsgedächtniskapellen oder

anderen Anlagen für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs. Damit ging eine dominierende Sinnstiftung des Kriegstodes einher, denn in aller Regel wurde den Gefallenen als „Helden“ gedacht, die sich für das Vaterland bzw. die „Nation“ geopfert haben. Dabei folgte man dem die Jahre 1914 bis 1918 durchziehenden Narrativ der Rechtfertigung der Kriegsanstrengungen, nämlich dass es sich um einen Deutschland ‚aufgezwungenen‘ Verteidigungskrieg gehandelt habe. So vorgeschützt dieses Narrativ schon bei Ausbruch des Krieges gewesen sein mochte, so sehr bot es nun die Möglichkeit, die Niederlage doch in eine Art Sieg umzudeuten. War das ‚im Felde ungeschlagene‘ Heer nicht etwa darin erfolgreich gewesen, den Krieg – bis auf die wirkmächtigste Ausnahme Ostpreußens mit der Schlacht von Tannenberg – von deutschem Boden fern zu halten? Hatte es nicht trotz aller Anfeindungen von außen die ‚Einheit des Reiches‘ bewahrt? So gesehen war der Kriegstod nicht umsonst und half diese Art der Kriegserinnerung und kollektiven Trauerarbeit auch der Republik, sich sozialpsychologisch zu stabilisieren – solange die in dieser Erinnerung immer mit-schwingende Dolchstoßlegende sich nicht gar zu sehr in den Vordergrund drängte.

Es ist aber nicht so, dass dieser Stil des Erinnerns einer mit Wiederauferstehungssehnsüchten verbundenen Integration der Nation im Militärischen – sei es in der Formsprache der neu errichteten Denkmäler, sei es in den an ihnen gehaltenen Reden – die einzige Art und Weise der Kriegsverarbeitung war. Es war nur der Stil, der nach 1933 besonders anschlussfähig blieb, weil er zugleich den Wunsch nach Wiedererlangung militärischer Stärke zum Ausdruck brachte. Und es ist deshalb auch der Stil, der in besonderem Maße die Bilderstürmerei der Nationalsozialisten überstand. Daneben gab es aber gerade im sozialdemokratischen, liberalen, also insgesamt die Republik tragenden Teil des politischen Spektrums auch das Bemühen, das Erinnern an den erlebten Zivilisationsbruch als Mahnung für die Botschaft „Nie wieder Krieg!“

zu deuten. Ein Beispiel ist die Skulptur „Krieg“ des Künstlers Richard Biringer, die 1928 im Auftrag der Stadt Höchst dort aufgestellt wurde. Die Bronzeskulptur zeigt den mit einem Eisenhelm bedeckten Kopf und die Schulterpartie eines Soldaten, dessen Mund zu einem Schrei verzerrt ist und dessen aufgerissene Augen von Schrecken und Leid sprechen. Die Skulptur steht auf einem steinernen Sockel, der die einfache und mahnende Inschrift „Krieg“ trägt. Man muss hier im Grunde von einem Anti-Kriegs-Denkmal sprechen, dem jeder heroische Gestus, jede christlich-deutsch-nationale Botschaft, jede Kraftmeierei und Sehnsucht nach alter Stärke fehlt. Es verwundert daher kaum, dass die Skulptur im Zweiten Weltkrieg eingeschmolzen und erst 1982 neu gegossen und wiedererrichtet wurde. Ähnlich ist das schon am 3. Oktober 1920 errichtete Mahnmal in Frankfurt am Main einzuordnen, das die Skulptur „Heldenklage“ des jüdischstämmigen Künstlers Benno Elkan² in Form einer trauernden Mutter zeigte und schlicht „Den Opfern“ gewidmet war. Solche ausdrücklich mahnenden, ja beinahe pazifistischen Denkmäler waren sicherlich die Ausnahme und erregten erwartbaren Protest in deutschnationalen und völkischen Kreisen. Aber auch sonst konnte das Weltkriegserinnern in einem Stile erfolgen, der weniger kämpferisch und deutschümelnd daherkam. Schon der Verzicht auf typische Insignien des kaiserlichen Heeres (Eisernes Kreuz, Stahlhelm, Eichen- oder Lorbeerlaub...) oder auf kämpferisches Getier wie Adler und Löwen, aber auch die Vermeidung allzu figürlich-heroischer Darstellungen konnten als Distanzierung vom Welt-

krieg und seinen alten Rechtfertigungsmustern verstanden werden. Abstraktere Darstellungen oder eine ‚naturverbundenerer‘ Inszenierung, in denen des anonymen Sterbens auf den Schlachtfeldern besser gedacht werden konnte als in der einzelnen Heldenpose, luden stärker zur Einkehr ein, als dass sie das Gefühl nationaler Abwehrbereitschaft stimulieren sollten. Und selbst bei den stark national ausgerichteten Denkmälern ist auffallend, dass der einfache – oft namenlose – Soldat im Mittelpunkt stand, nicht der Heerführer zu Ross. Auch der Verzicht auf christliche Symbolik ist, wo man ihn geübt hat, ein bewusst zu lesendes Indiz: Einerseits spricht daraus eine Distanzierung vom protestantisch-nationalen Milieu und dessen oft revanchistischem Gedenken, andererseits hält es das Gedenken im überkonfessionellen Sinne offen und schließt beispielsweise Deutsche jüdischen Glaubens in das Weltkriegserinnern ein. Denn auch dies gehörte zu einem pluralen Erinnern: dass in Synagogen, auf jüdischen Friedhöfen oder jüdischen Sektionen städtischer Friedhöfe Mahnmale in Gedenken an die gefallenen Frontsoldaten jüdischen Glaubens errichtet wurden. Auf dem Wormser Hauptfriedhof wurde etwa 1928 auf Initiative der Ortsgruppe des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“ ein solches Ehrenmal errichtet, das auf Hebräisch die Inschrift trägt: „Ehre unseren Helden, Heilung unserem Vaterland und Friede unserer Erde“, und auf Deutsch: „Preis jene, die ruhmreich starben / Lass Herr die Wunden vernarben / Und uns nicht friedlos darben!“. Anders als viele andere Denkmäler dieser Art überstand es die Zeit des Nationalsozialismus.

Das ausgesprochen dezentrale, ‚zivilgesellschaftlich‘ und lokal betriebene Erinnern an den Weltkrieg führte demnach zu einer sehr pluralistischen Erinnerungslandschaft, die sich – im Großen und Ganzen – zwischen zwei Polen bewegte: Auf der einen Seite die Integration der Nation im Militärischen, die Betonung des Heldenhaften, die Beschwörung von Opferbereitschaft des Einzelnen sowie der Einheit und

² Von Benno Elkan stammt auch die Skulptur „Die Erwachende“, die als Teil des Befreiungsdenkmals „Die Freiheit“ in Mainz nach Abzug der französischen Besatzung 1930 eingeweiht wurde. Schon im März 1933 wurde es wieder abgerissen, weil die halbnackte Frauengestalt dem ästhetischen Empfinden der Nationalsozialisten (und anderen, konservativen Kreisen) widersprach und die Skulptur des jüdischen Künstlers als ‚undeutsch‘ diffamiert wurde.

Abwehrbereitschaft der Nation und die Sehnsucht nach neuer nationaler Größe – oftmals unterfüttert durch christliche Symbolik.

Auf der anderen Seite ein eher abstraktes, nüchternes, mahnendes, oftmals überkonfessionelles Erinnern, das auch das Zivile gegenüber dem Militärischen betonte und die Gefallenen nicht nur als Soldaten, sondern auch als Bürger begriff. In letzterem konnte man den Kern von so etwas wie einem ‚neuen republikanischen Stil‘ entdecken, der zugleich ein neues Narrativ formulierte. Die im Krieg hergestellte ‚Volksgemeinschaft‘ könne nun den Krieg und Militarismus überwinden und bilde zugleich die Grundlage für die Neuordnung Deutschlands im ‚demokratischen Volksstaat‘. Insofern konnte das Sterben im Weltkrieg für eine republikanische Sinnstiftung genutzt werden. Beide Pole standen sich jedoch nicht schroff gegenüber, sondern bildeten eher die Enden eines Spektrums, in dem sich einzelne Denkmalprojekte in Abhängigkeit von den Absichten der Initiatoren, der künstlerischen und architektonischen Gestaltung und der jeweiligen politischen Unterstützung einordnen lassen.

Das dezentrale Erinnern hatte dabei den Vorteil, dass es diese Pluralität zuließ und damit sehr unterschiedlichen Intentionen und ästhetischen Vorlieben Gelegenheit zum Ausdruck gab. Anders verhielt es sich im Zusammenhang mit Überlegungen und Bestrebungen zur Errichtung eines „Reichsehrenmals“, also einer Stätte, in der eine Art des Erinnerns gefunden werden musste, in der sich alle Deutschen wiederfinden könnten. Angesichts der starken gesellschaftlichen Spaltung und polarisierten politischen Landschaft war das nahezu ein Ding der Unmöglichkeit und einer der zentralen Gründe, warum das Vorhaben trotz entsprechender Aktivitäten der Reichsregierung kaum voran kam. Eine Vielzahl an Initiativen und Städten bemühte sich darum, ‚ihre‘ Idee eines solchen Reichsehrenmals zu der der Reichsregierung zu machen. Recht weit fortgeschritten waren beispielsweise die Pläne zur Errichtung eines

„Reichsehrenhains“ in Bad Berka in der Nähe von Weimar, wo ein geeignetes Grundstück bereits mit einer entsprechenden Zweckbindung dem Reich zum Geschenk gemacht wurde. Weder dieses noch alle anderen Vorhaben eines durch das Reich errichteten und als Nationaldenkmal konzipierten Weltkriegsdenkmals kamen jedoch in der Zeit der Weimarer Republik zum Abschluss, allen voran wegen der Uneinigkeit der Veteranenverbände und der beteiligten politischen Akteure und Ebenen. Auch das 1927 durch Reichspräsident Paul von Hindenburg eingeweihte Tannenberg-Denkmal in Ostpreußen bildete davon keine Ausnahme, da es in der Weimarer Republik nie als offizielles Denkmal des Reiches im Gespräch war. Es wurde erst 1934 von Hitler zum „Reichsehrenmal“ befördert, als der Generalfeldmarschall, „Held von Tannenberg“, Reichspräsident und Totengräber der Republik dort seine Ruhestätte und einen nationalsozialistischen Wallfahrtsort erhielt. Hitler hatte damit das demokratische Suchen nach einem Erinnerungskonsens wie alles Demokratische per diktatorischer Setzung beendet. Zuvor beanspruchte das Tannenberg-Denkmal zwar den Namen „Nationaldenkmal“, war aber rein privat finanziert und gegen den erklärten Willen der preußischen Regierung und ohne Beteiligung des Reiches errichtet worden. Im Gegenteil: Einer mittelalterlichen Trutzburg nachempfunden war es architektonisch und inhaltlich ausdrücklich gegen die Republik gerichtet. So waren weder Vertreter der „Systemparteien“, noch etwa ein Rabbiner oder die SPD-geführte preußische Regierung zur Einweihung geladen. Die Architekten rühmten sich, dass „die schwarzrotgelbe Fahne [...] nie dort geweht“³ habe.

Was einem solchen ‚Nationaldenkmal‘ zur Weltkriegserinnerung noch am nächsten kam, war die im Juni 1931 als „Ehrenmal der Preußischen Staatsregierung“ eröffnete „Gedächtnis-

³ Zitiert nach: Schenk, Frithjof Benjamin: Tannenberg / Grunewald. In: Francois, Étienne / Schulze, Hagen: Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 438-454, S. 448.

nisstätte für die Gefallenen des Weltkriegs" in der Neuen Wache in Berlin. Schon 1924 hatte die Berliner Kunsthistorikerin Frieda Schottmüller im Zuge der Diskussion um ein Reichsehnenmal einen entsprechenden Vorschlag zur Umwidmung des preußischen Wachgebäudes unterbreitet. Weil der Gesamtprozess zur Errichtung eines Reichsehnenmals jedoch nicht vom Fleck kam, ergriff die preußische Regierung unter Otto Braun (SPD) die Initiative. Auch wenn hier ein Land die Regie führte, begriff man das Projekt als eines für alle Besucher der Reichshauptstadt. Mit dieser Begründung hatte Otto Braun im Juli 1929 mit einem Vorschlag an seine Minister den Startschuss für das Vorhaben gegeben:

„Ich halte es für angebracht, dass die Preußische Staatsregierung die Neue Wache Unter den Linden unter möglichst geringen Kosten zu einem würdigen, den weitesten Kreisen des deutschen Volkes wie den ausländischen Besuchern der Reichshauptstadt bequem zugänglichen Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges verwendet. Da keine Aussicht besteht, dass die Erwägungen der Reichsregierung über die Errichtung eines Reichsehnenmals sich in absehbarer Zeit zu einem Entschluss verdichten, kann Preußen auf diese Weise ohne große Kosten dem Wunsch der Bevölkerung nach einer Ehrung seiner gefallenen Söhne entsprechen und damit den Schinkelbau seiner würdigen Bestimmung zuführen.“⁴

In nur zwei Jahren wurden der Gestaltungswettbewerb und die Umsetzung nach dem Siegerentwurf von Heinrich Tessenow realisiert. Ein Entwurf Ludwig Mies van der Rohe, dessen zentrales Gestaltungsmerkmal der (republikanische) Reichsadler und die Inschrift „den Toten“ beinhaltete, erlangte den zweiten Platz im Wettbewerb. Dass sich dessen ausgesprochen

„ziviler“ Vorschlag nicht durchsetzte, war kein Zufall. Das Reichswehrministerium unter Wilhelm Groener war im Besitz der Neuen Wache und hatte für die Zustimmung zur Umwidmung und Umsetzung unter preußischer Ägide auf einem Mitspracherecht bei der Ausgestaltung und eine paritätische Besetzung der Wettbewerbsjury bestanden. Der Siegerentwurf beinhaltete daher mit einem metallenen Eichenkranz auf einem schwarzen Granitblock ein zentrales Element, das an klassisch militärische Gedenktraditionen anknüpfte. Gleichwohl war auch der Entwurf Tessenows vergleichsweise schlicht und zivil. Die auf einen separaten Steinblock auf dem Boden angebrachte Inschrift lautete lediglich „1914 1918“, und das zum Himmel hin geöffnete Oberlicht im ansonsten dunkel gehaltenen Raum gab dem Gedenkmal eine weihe- und andachtsvolle Inszenierung und setzte es zugleich der wechselnden Witterung aus. Auf christliche Symbolik wurde – nicht ohne Kontroverse und Kritik von rechts – bewusst verzichtet, und es gehörte erst zur „Inbesitznahme“ durch die Nationalsozialisten, dass ein großes Kreuz im Inneren angebracht wurde. Die Ansprachen Otto Brauns, Wilhelm Groeners und Paul von Hindenburgs zur Eröffnung waren zwar vom Tenor der Opferbereitschaft des Einzelnen zum Wohle des Vaterlandes, dem Gedenken an das „alte Heer“ und der Beschwörung einer besseren Zukunft geprägt und beinhalteten nur bei dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun den Topos des „Nie wieder Krieg“. Aber eine militaristische Erinnerungsstätte war damit nicht entstanden. Vielmehr beklagten rechte Zeitungen, dass das Gedenkmal für militärische (Gedenk-)Zeremonien völlig ungeeignet sei und jede höhere Weihe vermissen lasse. Stattdessen deutete sich in der kurzen Zeit der „republikanischen“ Nutzung die Entwicklung eines „republikanischen Erinnerungsortes“ an. Als sich Beschwerden über ein unangemessenes Verhalten des Laufpublikums mehrten, widersetzten sich die Verantwortlichen in der preußischen Regierung allen Wünschen nach

⁴ Zitiert nach: Stoffels, Michaela: Kriegerdenkmale als Kulturobjekte. Trauer- und Nationskonzepte in Monumenten der Weimarer Republik, Köln / Weimar / Wien 2011, S. 230.

Absperrungen oder gar Wachposten der Reichswehr vor dem Gebäude. Sie bestanden auf der rein zivilen und möglichst niedrigschwelligen Nutzung jenes Gebäudes, an dem bis 1918 die täglichen Ablösungen des preußischen Wachregiments den Militarismus im Herzen der Hauptstadt verkörpert hatten. Eine Besucherordnung garantierte den öffentlichen Zugang und untersagte lediglich das Mitnehmen von Fahrrädern und Tieren, das Rauchen und Musizieren und photographische Aufnahmen im Innern, um eine Atmosphäre stillen Gedenkens aufrecht zu erhalten.⁵ Nur ein Jahr bevor die preußische Regierung staatsreichartig durch den Reichspräsidenten von Hindenburg und den Reichskanzler Franz von Papen abgesetzt wurde und anderthalb Jahre, bevor Hindenburg die Macht an Hitler aushändigte, gelang noch eine relativ erfolgreiche Umcodierung eines monarchischen und militaristischen zu einem relativ republikanischen und zivilen Gedenkort im Herzen Berlins.

Weitere Felder der Deutungskämpfe in Denkmalsform

Kolonialdenkmäler

So zentral die Verarbeitung des Weltkrieges und das Andenken an die Gefallenen für die politische Denkmalkultur der Weimarer Republik auch war, es war nicht ihr einziges Thema. Drei weitere Bereiche sollen hier erwähnt werden. Der erste Teilbereich entsprang auch den Folgen des Krieges und wurde ebenfalls maßgeblich von interessierten Gruppen voran getrieben: es geht um das Andenken an die koloniale Vergangenheit Deutschlands. Eine größere Anzahl an Kolonialdenkmälern in zahlreichen Städten entstand im oben beschriebenen Modus und in Form spezialisierter Kriegerdenkmäler auf In-

itiative von Kameradschaften oder Veteranenverbänden der Kolonialtruppen. Anders verhielt es sich mit bereits bestehenden Kolonialdenkmälern – sei es in den ehemaligen Kolonien oder in Deutschland selbst – und neu errichteten Denkmälern, die auf Initiative der kolonialen bzw. kolonialrevisionistischen Lobby errichtet wurden, bspw. der Deutschen Kolonialgesellschaft oder dem Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressen. Hier spielte die militärische Komponente zwar auch immer eine gewisse Rolle, im Mittelpunkt stand aber das genuin kolonialpolitische Interesse, das sich nach dem Krieg auf die Pflege des Kolonialgedankens und vor allem auf die Forderung nach Rückgabe der durch den Versailler Vertrag verlorenen Kolonien und eine Tilgung der ‚Kolonialschuldlüge‘ konzentrierte.

Besonders bewegt war etwa die Geschichte des Wissmann-Denkmals, das schon 1909 zu ‚Ehren‘ des Kolonialoffiziers und früheren Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Hermann von Wissmann, in Daressalam eingeweiht worden war. Nach der Niederlage im Krieg wurde es zusammen mit einer Reihe weiterer Denkmäler von Großbritannien konfisziert und im Imperial War Museum in London als Kriegsbeute ausgestellt. 1921 gelang es dem Reich, die Rückgabe der verschiedenen Statuen inklusive des Wissmann-Denkmals zu erwirken. Ein weitgehend privates, aus ‚verdienten‘ Kolonialbeamten und -offizieren bestehendes „Komitee zur Aufstellung der Denkmäler aus den Kolonien“ sollte über die weitere Verwendung bestimmen. Ziel war es, „einen würdigen Platz für die Denkmäler zu finden, damit sie dem deutschen Volke erhalten bleiben als Erinnerung an Deutschlands Leistungen auf kolonialem Gebiete und als dauernde Mahnung, auch in Zukunft die Kolonien nicht zu vergessen, den kolonialen Gedanken wach zu halten, [...] bis eine bessere Zukunft dem deutschen Volke wieder Gelegenheit gibt, in eigenen Kolonien seine jetzt unterbrochene kolonisatorische Befähigung, die ihm Habgier und Unverstand unserer Gegner abgesprochen,

⁵ Vgl. ebd. S. 261.

vor aller Welt zu zeigen.⁶

Betont wurde bei dieser Suche nach einem neuen Standort, dass dieser nur als temporärer zu verstehen sei, da die Denkmäler nach der angestrebten Wiedererlangung der Kolonien wieder an ihre alten Standorte gelangen sollten. Zwar war beabsichtigt, dass alle zurückgekehrten Denkmäler an einem Ort präsentiert werden. Als Berlin als Standort ausgeschieden war und die Wahl auf Hamburg fiel, war die Gegenwehr vor allem der lokalen SPD gegen ein Denkmal für Carl Peters aber so groß, dass dieses später seinen Weg nach Helgoland fand, das seine Zugehörigkeit zum Reich seit 1890 ja der Kolonialpolitik ‚verdankte‘, als Deutschland es mit Großbritannien gegen Sansibar ‚eingetauscht‘ hatte. Das Wissmann-Denkmal freilich wurde im Umfeld der Hamburger Universität aufgestellt, wo es in der Bundesrepublik zum Gegenstand heftiger Kontroversen und 1968 zum Opfer eines tatsächlichen Denkmalsturzes werden sollte. In den 1920er Jahren war es eines der prominentesten Denkmäler der Kolonialbewegung, die zudem eine ganze Reihe weiterer Denkmäler im gesamten Reich errichtete. Zentrale Standorte waren so gewählt, dass sie als regionale Zentren fungieren konnten, so etwa mit wichtigen Denkmälern in Braunschweig, Hannover, Weimar, Dresden, Breslau und Düsseldorf. Aber auch andere Städte erhielten ihre lokalen Kolonialdenkmäler oder Kolonialeichen. Der Wunsch der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft, jede deutsche Schule möge eine Kolonialeiche pflanzen, ging jedoch nicht in Erfüllung.

Den Rang als prominentestes Kolonialdenkmal lief dem Hamburger Wissmann-Denkmal schließlich das 1932 eingeweihte und unter der Ägide der Bremer Ortsgruppe der Deutschen Kolonialgesellschaft errichtete Kolonial-Ehrenmal in Bremen ab. In der Form eines monumentalen Elefanten aus Backstein über einer Krypta

mit Totenbuch der in den Kolonien gefallenen Soldaten verband es die Kolonialpropaganda mit dem Totengedenken. Schon im Kaiserreich hatte es offizielle Überlegungen zur Errichtung eines Reichsehrenmals für die Kolonialtruppen in Berlin gegeben. Trotz einiger wohlwollender Erklärungen und Beschlüsse versagten Reichstag und Reichsregierung nach 1918 diesem Anliegen aber eine signifikante Unterstützung, so dass – ähnlich wie beim Tannenberg-Denkmal als ‚privatem Reichsehrenmal‘⁷ – die Bremer Denkmalinitiative ein Art Ersatzhandlung war. Wie bei allen in der Weimarer Republik errichteten kolonialen Denkmälern musste das Bremer Vorhaben ohne finanzielle Zuschüsse der öffentlichen Hand auskommen und wurde rein privat und unter reger Beteiligung der Bremer Handelshäuser finanziert. Zudem wurde die Errichtung erst möglich, als die Wahl zur Bremer Bürgerschaft 1930 die nötige politische Mehrheit aus Deutscher Staatspartei (ehemals DDP), DVP, DNVP und NSDAP gebracht hatte. Bis dahin wurde das Vorhaben mit einer Sperrminorität von SPD und KPD verhindert, da sie das Projekt aufgrund ihrer antiimperialistischen Traditionen vehement ablehnten.⁸ Selbstverständlich und unumstritten war ein solches Kolonialdenkmal also keineswegs, und erst recht nicht Teil einer offiziellen Denkmalpolitik der Republik. Auch wenn der Kolonialgedanke aufgrund der kontinentalen Eroberungspläne Hitlers auch im Nationalsozialismus von der Realisierung seiner Forderungen weit entfernt blieb, erfuhren er und das Denkmal eine erhebliche Aufwertung. Nach dem Weltkrieg blieb es umstritten und wurde 1989 in ein Anti-Kolonialdenkmal umgewidmet. Seit 2009 erinnert zudem eine zusätzliche Anlage in der Nähe an den von Deutschland begangenen Völkermord

⁶ Zit. nach: Zeller, Joachim: Kolonialdenkmäler und Geschichtsbewusstsein. Eine Untersuchung der kolonialdeutschen Erinnerungskultur. Frankfurt a. M. 2000, S. 142.

⁷ Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass das Reich die Pläne für ein allgemeines Reichsehrenmal – wenn auch ohne Erfolg – aktiv verfolgte, die Ambitionen für ein Kolonial-Reichsehrenmal aber eingestellt hatte.

⁸ Vgl. ebd. S. 151-158.

an den Herero und Nama in ‚Deutsch-Südwest-Afrika‘, heute Namibia.

Historische und kulturelle Denkmäler für die Republik

Im zweiten Teilbereich jenseits des reinen Weltkriegsgedenkens sah dies schon etwas anders aus, nämlich im Bereich politik-historischer und kulturhistorischer Denkmäler bzw. dem Versuch, die Republik mit bestehenden historischen und kulturellen Narrativen zu verknüpfen. Drei recht unterschiedliche Beispiele seien erwähnt: Einen ersten herausragenden Anlass, die Republik in die Tradition der Freiheits- und Einheitsbewegungen des 19. Jahrhunderts zu stellen, bot das 75jährige Jubiläum der ersten Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche von 1848/49. Reichspräsident Friedrich Ebert hatte bei der Gedenkfeier am 18. Mai 1923 – im Jahr der Ruhrbesetzung und der Hyperinflation also – eine Rede gehalten, die mit den Worten schloss:

„Einheit, Freiheit und Vaterland! Diese drei Worte, jedes gleich betont und gleichwichtig, waren der Leitstern, unter dem die Paulskirche wirkte. Sie sind auch Kern und Stern des Daseinskampfes, den wir heute an Rhein, Ruhr und Saar zu führen gezwungen sind. Dort stehen wir in entschlossener Abwehr, um das einige Reich, um unsere Freiheit zu erhalten, dort kämpfen alle Volksgenossen mit äußerster Hingabe für den Staat des deutschen Volkes. Diesen Geist der Einigkeit, der Freiheit und des Rechts, der uns auch in dieser tiefsten Not erhebt, wollen wir bewahren. Er soll und wird uns einer besseren Zukunft entgegenführen. In dieser Zuversicht grüße ich im Namen des in seinen Stämmen einigen Reiches, gestützt auf die Weimarer Verfassung, namens der Deutschen Republik diese der Erinnerung des ersten deutschen Parlaments geweihte Versammlung!“⁹

⁹ Zit. nach: Rebentisch, Dieter: Friedrich Ebert und die Pauls-

Im Anschluss an die Jubiläumsfeier, die einer „republikanische[n] Massenkundgebung“¹⁰ gleichkam, ging der Magistrat der Stadt Frankfurt daran, die Frankfurter Paulskirche weiter zu einem republikanischen Erinnerungsort zu entwickeln. Der Wunsch, der Reichspräsident möge jährlich der Stadt und der Paulskirche seine Aufwartung machen, erfüllte sich zwar nicht. Nachdem Friedrich Ebert 1925 jedoch unerwartet im Amt verstorben war, ließ die Stadt Frankfurt zum Verfassungstag 1926 ein Ebert-Denkmal an der Fassade der Paulskirche anbringen. Neben der Bronzestatue eines Jünglings – also einer allegorischen Inszenierung statt einer auf Ebert zugeschnittenen personalisierten Darstellung – standen die Gedenkzeilen „Die Stadt Frankfurt am Main. Friedrich Ebert, dem Präsidenten des Deutschen Reiches 1919–1925 zum ehrenden Gedächtnis“. Zugleich verfügte die Stadt, dass die Verfassungsfeiern künftig nur noch im Tagungsort der ersten Nationalversammlung stattzufinden hätten. Von nun an waren die Paulskirche und die erste deutsche Republik denkmalpolitisch miteinander verknüpft – wenn auch nur bis 1933, als die Nationalsozialisten das Ebert-Denkmal entfernten (und Verfassungsfeiern der Republik ohnehin nicht mehr stattfanden). Schon 1950 wurde das Denkmal mit leicht veränderter Inschrift wieder errichtet.

Das zweite Beispiel steht durchaus auch in Verbindung mit der Rheinland-Besetzung der Alliierten (insbesondere Frankreichs) im Nachgang zum Ersten Weltkrieg. Von 1926 bis 1928 wurde in Koblenz die schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gehegte Idee eines Denkmals für Joseph Görres realisiert. Es verwundert kaum, dass der langjährige und der Zentrums-Partei angehörige Oberbürgermeister der Stadt, Karl Russel (Amtszeit 1919-1931), neben der Görres-

kirche. Die Weimarer Demokratie und die 75-Jahrfeier der 1848er Revolution. Heidelberg 1998, S. 11.

¹⁰ Ebd. S. 24.

Gesellschaft eine treibende Kraft war, einem der Gründungsväter des politischen Katholizismus ein Denkmal zu setzen. Görres, der sich vom Bewunderer der Französischen Revolution zum ‚deutschen Patrioten‘, aber auch zu einer der intellektuellen Schlüsselfiguren des Vormärz und Kritiker der monarchischen Reaktion entwickelt hatte, war gegenüber den französischen Behörden ein Politikum, doch widersetzten sie sich den Denkmalplänen nicht grundsätzlich. Anders als bei den meisten bisher genannten Denkmälern beteiligten sich nun auch das Land Preußen und die Reichsregierung mit erheblichen Anteilen an der Finanzierung des Vorhabens und zeigte Preußen in Person des Kultusministers Carl Heinrich Becker bei der Einweihung Präsenz. Auch hier besteht das Denkmal aus einer immerhin über fünf Meter großen allegorischen Jünglingsfigur mit Buch und Adler und steht an prominenter Stelle dem Rhein zugewandt. Nur im Sockel ist ein Profil von Görres selbst eingelassen. Auch wenn die nationale und insbesondere gegen Frankreich gerichtete Botschaft in der Gestaltung, den Inschriften und in den bei der Eröffnung gehaltenen Reden nicht zu übersehen ist, verbindet sich diese Botschaft hier eher mit der freiheitlichen als der militaristischen Tradition der deutschen Geschichte und mit einer sehr zivilen und relativ expressionistischen Gestaltung, ohne aggressive Gebärde.

Für das dritte Beispiel der Aneignung historischer und kultureller Narrative muss man etwas in die Provinz gehen, ins Thüringische Ilmenau. 1931 und 1932 war in der Weimarer Republik nicht nur Wirtschaftskrise und Straßenschlacht, sondern auch Goethe-Jahr und damit wahrscheinlich das kulturelle Großereignis der Nachkriegszeit. Die Stadt Ilmenau, der Goethe als Weimarer Bergbauminister zahlreiche Besuche abgestattet und schon 1783 ein Gedicht gewidmet hatte, wurde in diesem Gedenkjahr aktiv und errichtete ihm zu Ehren einen Goethe-Brunnen auf dem städtischen Friedhof. Die künstlerische Gestaltung übernahm der Bau-

hausschüler Wilhelm Löber. Das zentrale Gestaltungselement ist die Kombination aus der Sentenz „Stirb und Werde“ aus dem Gedicht Selige Sehnsucht aus dem West-östlichen Divan am Rand des Schöpfbrunnens und eine expressionistische Relief-Darstellung des Todes, einer Mutter mit Kind und eines wiedererstehenden Mannes, die sich über den Brunnenrand erhebt. In der Darstellung schwingt – dem Standort auf einem Friedhof angemessen – erneut das auch sonst omnipräsente Thema des Todes, der Trauer und der Wiedererstehung mit, ohne dass es aber ein ausdrückliches Weltkriegsdenkmal wäre, geschweige denn ein ausdrücklich politisches Denkmal. Trotzdem entspricht die expressive und gleichzeitig klare und schlichte Gestaltung jenem ‚republikanischen Stil‘, der auch im Goethe-Jahr alles Auftrumpfende, Ausschmückende, Historisierende und Heroisierende vermissen ließ. Wenn auch nur mit unterschwelligem politischen Botschaften versehen, wurde der ‚Dichterfürst‘ hier zumindest ästhetisch für die Republik gewonnen. Es überrascht daher wenig, dass die Nationalsozialisten den Brunnen als ‚entartete Kunst‘ hinter einem Bretterverschlag versteckten.

Politische Denkmäler für und gegen die Republik

Der dritte Teilbereich der Weimarer Denkmalkultur jenseits der reinen Weltkriegserinnerung ist hingegen wohl der politischste, denn es geht um die Fortführung der Gründungskämpfe der Republik in Denkmalsform, verbunden auch mit der Entwicklung eines eigenen Erinnerungsnarrativs der jungen Republik, aber auch entsprechenden Gegennarrativen. Allerdings war der rechte Teil des politischen Spektrums in diesem Bereich bis auf eine wichtige Ausnahme nicht sehr aktiv, weil er sein Unbehagen an Revolution und Republik in aller Regel schon im Bereich der Weltkriegserinnerung zum Ausdruck brachte und dort seine Bühne fand. Die

genannte Ausnahme ist der Schlageter-Kult und dabei vor allem das Schlageter-Denkmal, das 1931 in Düsseldorf eingeweiht wurde.

Es war dem 1923 von den französischen Besatzern hingerichteten Saboteur Albert Leo Schlageter und den 141 anderen „Opfern des Ruhrkampfes“ gewidmet. Bezeichnend ist hier allerdings, dass es damit nicht die innenpolitischen Kämpfe um die Republik zum Gegenstand hatte, sondern die Verlängerung des Weltkrieges im Ruhrkampf. So konnte an dem Topos der nationalen Einheit gegen Frankreich festgehalten werden. Allerdings war dieser inhaltliche Schwerpunkt nur vordergründig. Denn der Desperado Schlageter war als Freikorpsmitglied 1919 an Kämpfen im Baltikum und an der bürgerkriegsartigen Niederschlagung linker Aufstände im Ruhrgebiet im Nachgang des Kapp-Lüttwitz-Putsches 1920 beteiligt. Das besonders große und die sehr vielen kleinen, über das ganze Reich verteilten Schlageter-Denkmäler waren daher auch immer offen für eine Heroisierung der Gewaltkultur der Freikorps und die Erinnerung an den Kampf der Rechten gegen den ‚Bolschewismus‘ und die angeblich ‚rote‘ Republik. Das Düsseldorfer Schlageter-Denkmal war erneut eine private Initiative und wurde erst unter dem Nationalsozialismus als „Nationalheiligtum“ in das offizielle staatliche Erinnern eingliedert. An der Einweihung am Pfingstsonntag 1931 nahmen trotzdem prominente Vertreter des Reiches teil, allesamt aber aus dem bürgerlichen bzw. nationalistischen Spektrum. So war die DNVP etwa mit ihrem Reichsminister Gottfried Treviranus präsent, und Siegfried von Kardorff, der 1923 immerhin von der DNVP zur DVP übergetreten war, vertrat als dessen Vizepräsident den Reichstag. Mit dem amtierenden Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres (DVP, Reichsminister a.D.) und dem ‚Kanzler des Ruhrkampfes‘, Wilhelm Cuno, waren zwei weitere (ehemalige) Spitzenpolitiker der bürgerlichen Rechten präsent. „Der ganze Ruhrgau des Stahlhelms, die benachbarten Gaue des Jungdeutschen Ordens, Kriegervereine, Schützen- und Offiziersvereine,

etwa 200 studentische Verbindungen waren mit offiziellen Abordnungen und rund 3000 Fahnen anwesend“, insgesamt „schätzungsweise 30.000 Menschen.“¹¹ Nimmt man mit seinem gigantischen Stahlkreuz und einem Aufmarschareal noch die ästhetische und funktionale Seite des Schlageter-Denkmals hinzu, wird gerade im Vergleich zum Görres-Denkmal, das einem ähnlichen Thema gewidmet war, deutlich, dass hier weder ästhetisch, symbolisch noch politisch ein Konsens des Erinnerns herrschte. Die Nationalsozialisten, die ab 1933 den Schlageter-Kult monopolisierten, waren bei der Einweihung des Denkmals nicht zugegen, hatten aber bereits für den Pfingstmontag 1931 einen großen Aufmarsch angekündigt. Nach dem Zweiten Weltkrieg beschloss die Stadt Düsseldorf den Abriss des Denkmals, an dessen Stelle 1958 das Denkmal Drei Nornen „für die Opfer des Krieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ errichtet wurde.

Auch die politische Linke war in diesem Bereich der unmittelbar politischen Denkmäler tätig und brachte ‚ihre‘ Erinnerung an die Revolution und Anfangsgewalt der Gründungsjahre gleich in zwei Denkmälern zum Ausdruck, die von prominenten Architekten entworfen wurden. Am 1. Mai 1922 wurde auf dem Weimarer Friedhof das von Walter Gropius gestaltete „Denkmal der Märzgefallenen“ eingeweiht. Im Auftrag des örtlichen Gewerkschaftskartells errichtet, erinnert es an die acht Arbeiter und eine Arbeiterin, die im Zuge des Generalstreiks gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch in Weimar am 15. März 1920 von putschenden Soldaten getötet worden waren. Der expressionistisch gestaltete „Gropius-Blitz“ – eine abstrakte Figurenkomposition aus Beton, die einen aus dem Boden emporsteigenden Blitz darstellt – ist wohl eines der avantgardistischsten Denkmäler der Weimarer Republik. Da es damit weder inhaltlich noch ästhetisch in das Programm der NSDAP passte, ließen es die Nationalsozialisten 1936 sprengen;

¹¹ Vossische Zeitung, 24.05.1931, Morgenausgabe.

schon 1946 wurde es – leicht abgewandelt – in der Sowjetischen Besatzungszone wieder errichtet. Ein Grund für diese schnelle Bereitschaft war der ambivalente Gehalt des ‚Erinnerungsortes‘ des Generalstreiks gegen den rechten Kapp-Lüttwitz-Putsch. Denn einerseits konnte er als erstes und Lager übergreifendes Auflehnen der Republik gegen ihre rechten Feinde interpretiert werden. Diese Lesart war dem Denkmal in den 1920er Jahren durchaus eigen. Andererseits galt der Generalstreik in kommunistischer Perspektive schon in der Weimarer Republik als ein erster Akt des ‚Antifaschismus‘ und ein weiterer Versuch, die ‚Versäumnisse‘ der ‚verratenen‘ Novemberrevolution wieder gut zu machen. Das Gropius-Denkmal hat daher ein Doppelgesicht: es kann partiell als republikanisches gelesen werden, wurde aber spätestens nach 1945 in ein kommunistisches umgedeutet.

Weit weniger deutungsoffen war da das „Revolutionsdenkmal“, das 1926 auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde im Auftrag der KPD errichtet wurde. Das KPD-Gründungsmitglied, der marxistische Intellektuelle Eduard Fuchs, hatte niemand geringeren als Ludwig Mies van der Rohe für den Entwurf gewonnen. Die kubistische Backsteinkonstruktion konnte noch verschiedentlich interpretiert werden; der daran angebrachte metallene Sowjetstern ließ aber keine Fragen mehr offen. Geehrt wurden vor allem die kommunistischen ‚Märtyrer‘ Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die im Zuge des Januar-Aufstandes 1919 von Freikorpsoldaten ermordet worden waren; aber auch den übrigen kommunistischen Opfern der Gründungsgewalt wurde gedacht. Die Einweihungsrede hielt niemand geringeres als der spätere, erste und einzige Präsident der DDR, der damalige KPD-Funktionär Wilhelm Pieck. Das Denkmal wurde in den Folgejahren zum Wallfahrtsort jährlicher kommunistischer Aufmärsche zum Gedenken an die ‚Vorkämpfer‘. Wenig überraschend, ließen es die Nationalsozialisten abtragen und das umliegende Gräberfeld einebnen. Allerdings wurde es nach 1945 auch nicht wieder errichtet.

Stattdessen ließ die DDR eine komplett neu gestaltete „Gedenkstätte der Sozialisten“ anlegen.

In dem Ringen um die Deutungshoheit über die Revolution und Republikgründung war die republikanische Position aber alles andere als eine Leerstelle. Auch hier gilt, dass die realisierten Vorhaben nicht in erster Linie vom Staat selber ausgingen, sondern dass sie zu einem Großteil ‚zivilgesellschaftlich‘ organisiert waren. Dabei sind allen voran die Aktivitäten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu nennen. 1924 als „Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer“ in Magdeburg gegründet, verstand es sich als überparteiliche Massenorganisation zur Verteidigung der Republik. ‚Überparteilich‘ meinte in dem Zusammenhang, dass die Organisation offen für Sozialdemokraten (SPD), Liberale (DDP) und Katholiken (Zentrum) war und damit – trotz einer gewissen Führungsrolle der sozialdemokratischen Mitglieder – die „Weimarer Koalition“ abbildete, die 1919 die Republik gegründet hatte. Neben der ‚paramilitärischen‘ Funktion, in der das Reichsbanner seine Konkurrenten rechts (SA, Stahlhelm) und links (Rotfrontkämpferbund) an Mitgliedern bei Weitem austach, verstand sich die Organisation auch als Akteur der politischen Bildung und der republikanischen Erinnerungsarbeit. Geschichtspolitisch suchte man daher den Anschluss an die liberalen und demokratischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Vor allem sollte der Republik aber zu einem eigenen Erinnerungsprogramm verholfen werden. Neben der Organisation von Verfassungsfeiern schlug sich dies auch in einem relativ dezentralen Denkmalprogramm nieder.

Diesem Ansinnen kam ‚zugute‘, dass das Reichsbanner ab 1925 über ‚Märtyrer der Republik‘ aus allen drei politischen Lagern verfügte: Schon 1921 war der Zentrumsolitiker und ehemalige Reichsfinanzminister Matthias Erzberger einem rechtsradikalen Attentat zum Opfer gefallen, 1922 ereilte den amtierenden Außenminister Walther Rathenau (DDP) das gleiche Schicksal, und 1925 verstarb Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) im Amt und – ohne Über-

treibung – in Aufopferung für die Republik. Diese ‚Vorlage‘ bot sich geradezu an: So weihte 1928 die Osnabrücker Ortsgruppe des Reichsbanners ein gemeinsames Denkmal für alle drei Politiker ein. Auch hier ist ein ‚republikanischer Stil‘ bezeichnend: eine einfache und abstrakte Backstein- und Beton-Konstruktion, die schlicht und in einer modernen Typographie die Namen „Rathenau / Ebert / Erzberger“ nennt. Schon im Mai 1933, wenige Wochen also nach der sogenannten Machtergreifung, wurde das Denkmal von den Nationalsozialisten zerstört – wiederum auch mit Hinweis auf dessen ‚entartete‘ Gestaltung. 1983 wurde es erneut errichtet. Gemeinsame Denkmäler für alle drei Politiker sind zudem in Zweibrücken, Duderstadt, Hohenstein bei Witten, Beuthen, Gießen und im ebenso hessischen Butzbach nachweisbar.¹² Typisch an diesen und dem Osnabrücker Fall ist, dass selbst kleinere Ortgruppen des Reichsbanners Aktivitäten entfalteten, um die Republik und ihre verstorbenen Gründer im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Bei Einweihungs- und Verfassungsfeiern boten sie zudem einen Anlass und Ort für lokale Feierlichkeiten und Ansprachen im Sinne der Republik. Das betrifft neben diesen Dreier-Denkmalen vor allem auch Gedenksteine, Gedenkeichen und dergleichen für Friedrich Ebert, die sich über das gesamte Reich verteilt nachweisen lassen. Heute findet man sie in den seltensten Fällen und gewöhnlich wie im Falle Osnabrücks auch nur, wenn sie wiederhergestellt wurden, da sie das Jahr 1933 in aller Regel nicht überstanden haben. Da üblicherweise erst der Tod zur Errichtung von Denkmälern führt, konnte eine solche Würdigung verdienter Politiker der Republik erst nach deren Ableben eintreten. Ein weiteres Beispiel ist der 1929 verstorbene Außenminister und Reichskanzler a.D. Gustav Stresemann, der aufgrund seiner Zugehörigkeit zur DVP jedoch nicht in die ‚Zustän-

digkeit‘ des Reichsbanners fiel. Gleichwohl: In Mainz wurde ihm zu Ehren schon 1931 ein beachtliches Monument errichtet, das schon 1935 wieder abgerissen wurde, um die Erinnerung an dessen ‚Erfüllungspolitik‘ und Bemühungen um eine europäische Aussöhnung zu tilgen. Nach dem Krieg wurde es nur in sehr abgewandelter Form wiedererrichtet, und wer nicht gerade der rheinland-pfälzischen Landesregierung angehört, kann es kaum besichtigen. Denn die Gedenkstätte fungiert heute als deren Sitzungssaal in der Mainzer Staatskanzlei.

Das Reichsbanner wiederum war jedoch nicht nur in der ‚Provinz‘ über seine vielen Ortsgruppen aktiv, sondern auch in der Reichshauptstadt. So gehörte zu den umfangreichen Berliner Feierlichkeiten des Reichsbanners zu „10 Jahren Volksstaat“ am Verfassungstag 1929 auch die Errichtung eines temporären Denkmals auf dem Pariser Platz, direkt am Brandenburger Tor. Drei hohe, mit schwarzem Stoff bezogene Stelen bildeten die Kulisse für einen ausgedehnten Aufmarsch des Reichsbanners und anderer prorepublikanischer Organisationen am 11. August. Am Fuße der Stelen befand sich in großen Lettern der Schriftzug „Allen Toten des Weltkrieges / Den Opfern der Republik und der Arbeit / Den Toten des Reichsbanners“. Damit war das ansonsten abstrakt gehaltene Denkmal nicht nur der Republik selbst und denjenigen gewidmet, die sich wie Erzberger, Rathenau und Ebert, aber auch zahllose Andere, für ihre Gründung und ihren Aufbau geopfert hatten, sondern es war damit zugleich ein Statement in den Diskussionen um ein Reichsehenmal. Dabei ist auf die Formulierung ‚allen Toten des Weltkrieges‘ zu achten, da diese Wortwahl prinzipiell auch die Toten der ehemaligen Kriegsgegner einschließt und damit die versöhnende, nicht die national integrierende oder revanchistische Dimension des Gedenkens unterstrichen wurde. In der Formulierung schwingt daher auch die für das Reichsbanner typische Botschaft des ‚Nie wieder Krieg!‘ mit. Darin kam die grundlegende Zielstellung des Verbandes zum Ausdruck, die

¹² Vgl. Elsbach, Sebastian: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold: Republikschutz und politische Gewalt in der Weimarer Republik. Stuttgart 2019, S. 147.

Sinnstiftung für den Weltkrieg und das Sterben auf den Schlachtfeldern mit der Erinnerungsarbeit für die Republik zu verknüpfen.

Weil der ‚demokratische Volksstaat‘ aus dem Weltkrieg hervorgegangen war, sollte dies als ‚Lohn‘ für den ansonsten nur zerstörerischen Weltkrieg verstanden werden können. Dass das Denkmal auch den Opfern der Arbeit gewidmet war – womit man vor allem größerer Industrieunglücke der Zeit gedachte – unterstrich auch den hohen sozialen und sozialstaatlichen Anspruch, den die Weimarer Verfassung 1919 für die Republik formuliert hatte. Das Andenken an die Opfer des Reichsbanners betonte schließlich die Abwehrbereitschaft des Wehrverbandes gegen die inneren Feinde der Demokratie.

Verschlungene Pfade: Nachwirkungen der Weimarer Denkmalkultur

Alles in allem macht dieser knappe und an vielen Stellen unvollständige Überblick über die Denkmallandschaft der Weimarer Republik eines klar: In der ‚Denkmalpolitik‘ der Weimarer Nachkriegs- und Transformationsgesellschaft setzten sich die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Deutungskämpfe der Zeit fort. Die unterschiedlichen Botschaften der verschiedenen Akteure sollten auch im öffentlichen Raum sichtbar gemacht werden. Da der Großteil der Denkmäler aus lokalen Initiativen entstanden, kam der Kommunalpolitik eine besondere Bedeutung zu. Denn die politischen Konstellationen vor Ort entschieden wesentlich darüber mit, welche Art von Denkmälern jeweils möglich und geduldet waren oder von den Städten selbst in Auftrag gegeben wurden. Eine ‚offizielle‘ Denkmalpolitik des Reiches entwickelte sich hingegen nur zögerlich, von einem Erinnerungskonsens ganz zu schweigen. Allerdings können die denkmalpolitischen Suchbewegungen und Konfrontationen auch als Teil eines demokratischen Prozesses verstanden

werden, widerstreitende erinnerungspolitische Positionen im öffentlichen Raum überhaupt erst einmal vorzutragen und so möglicherweise auf eine Verständigung hinzuarbeiten. Ein solcher Prozess hätte aber längere Zeit gebraucht, als der Republik vergönnt war. Gleichwohl: ein ‚republikanischer Stil‘ und gewisse Bestandteile eines republikanischen Narrativs zeichneten sich ab. Im Vergleich zur Formsprache des Kaiserreichs war dieser Stil bescheidener, zurückhaltender, weniger auftrumpfend, gelegentlich aber auch expressionistisch und ausdrucksstark, dann aber in einer eher allegorischen oder gar abstrakten Darstellungsweise. Das folgte oft zwar auch den prekären materiellen Gegebenheiten, die eine schlichte Gestaltung notwendig machten, brachte aber auch das veränderte Selbstverständnis der Republik gegenüber dem Wilhelminismus zum Ausdruck. Die Nation oder ‚Volksgemeinschaft‘ war als Thema nicht ausgeklammert, aber gerade im Vergleich zu einem stark nationalistischen und militaristischen Erinnerungsprogramm ‚ziviler‘ ausgerichtet und in der Weltkriegserinnerung mit einem mahnenden Grundton versehen.

Als die Nationalsozialisten 1933 die Macht an sich rissen, beendeten sie diese Suchbewegungen auf einen Schlag und bereinigten die pluralistische und heterogene Denkmallandschaft der Weimarer Republik ganz in ihrem Sinne. Was in ihr Weltbild passte, wurde ohne größere Hemmungen vereinnahmt, zumal es sich in aller Regel auch ohne große Gegenwehr vereinnehmen ließ oder auch anbiederte. Das betraf vor allem den größten Teil der von Kameradschaften und rechten Veteranenverbänden betriebenen Weltkriegserinnerung, die Kolonialdenkmäler und die Schlageter-Male, aber auch die alten wilhelminischen Erinnerungsstätten. Ohne dass sie selbst vor 1933 ein größeres denkmalpolitisches Programm gehabt hätten, erklärten die Nationalsozialisten kurzerhand eine Reihe der bestehenden ‚rechten‘ Denkmäler zu National- oder Reichsehrenmonumenten. Umgekehrt wurde rigoros gegen alles vorgegangen,

was nicht in dieses Bild passte. Neben klar sozialistischen und kommunistischen Denkmälern, die ohnehin als feindlich betrachtet und beseitigt wurden, galt für alle anderen grundsätzlich: je stärker ein Denkmal sich inhaltlich und / oder in seiner ‚entarteten‘ Formsprache zur Republik bekannte, desto geringer war die Wahrscheinlichkeit, dass es die 12 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft überstand. Auch im Krieg wuchs die Liste der zerstörten Denkmäler noch einmal an, als vor allem Monumente aus Metall der kriegsbedingten Rohstoffbeschaffung zum Opfer fielen. Hier gab es vor allem bei ‚bürgerlichen‘ und historischen Denkmälern auf lokaler Ebene Ermessens- und Aushandlungsspielräume, ob ein Denkmal gerettet werden konnte oder nicht.

Was wir heute in physischer Gestalt von der Denkmalkultur der Weimarer Republik vor uns haben, ist also in erheblichem Maße verzerrt – allerdings nicht nur durch die nationalsozialistische Flurbereinigung. Nach 1945 war es für jedes einzelne Denkmal, ob zerstört oder nicht, entscheidend, in welchem Teil Deutschlands oder außerhalb Deutschlands es sich befand. Je nach dem, wie ein zerstörtes Denkmal vor 1933 politisch zu verorten war, stiegen oder fielen die Wahrscheinlichkeiten einer Wiedererrichtung oder zumindest einer anerkennenden Erinnerung je nach ‚Passgenauigkeit‘ zur politischen Ausrichtung des jeweiligen Teils Deutschlands, in dem es sich zuvor befunden hatte. Und auch der Umgang mit weiterhin bestehenden Denkmälern hing von diesen politischen Vorzeichen im geteilten Deutschland ab. Der Weimarer Kolonialbrunnen wäre in Westdeutschland mit großer Wahrscheinlichkeit nicht 1945 entweiht und später komplett demontiert worden. Das Fliegerdenkmal auf der Wasserkuppe hätte auf dem Brocken nicht ohne Weiteres überdauern können. Und ob der „Gropius-Blitz“ für die Märzgefallenen des Kapp-Lüttwitz-Putsches in einer westlichen Besatzungszone so rasch wieder errichtet worden wäre, ist immerhin fraglich. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Sie zeigt

aber vor allem eins: den enormen Mehrwert, den das Vorhandensein all dieser Denkmäler für die historische Orientierung und kritische historische Bildung hat. In jedem einzelnen von ihnen sind mehrerer Schichten der bewegten und so widersprüchlichen deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts enthalten, selbst und gerade in den ‚problematischen‘ Denkmälern, die wie kaum etwas anderes als Sinnbild für historische Lernprozesse stehen. Hätte man ein Kolonial-Ehrenmal etwa in ein Mahnmal gegen Kolonialismus und Rassismus umdeuten können, wenn es 1945 von der Bildfläche verschwunden wäre? Oder eines der wichtigen und nicht ganz so ‚problematischen‘ Denkmäler, in dem alle Schichten über die Zäsuren 1933, 1945 und 1990 enthalten sind: Die Neue Wache in Berlin wurde nach der ‚Inbesitznahme‘ durch die NSDAP von der SED zum „Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus“ umgedeutet, um schließlich (und sehr umstritten) auf Initiative Helmut Kohls eine Skulptur Käthe Kollwitz‘ zu beherbergen, einer Künstlerin also, die vor und nach 1933 der KPD nahe stand. Vor allem sind aber all die Leerstellen problematisch, die der nationalsozialistische Bildersturm, teilweise aber auch die Bereinigungen nach 1945, hinterlassen haben. Denn beinahe jedes verlorene Denkmal bedeutet einen Verlust an wichtigem historischen Orientierungswissen. Es fehlt dann zudem an Kristallisationspunkten, an denen sich immer wieder neue gesellschaftlichen Diskussionen entspinnen können. Besonders bedauerlich für die demokratiegeschichtliche Orientierung in der Gegenwart sind dabei all jene genuin republikanischen Denkmäler, die ab 1933 beseitigt und nach 1945 nicht wieder errichtet wurden, weil ihnen die Lobby fehlte oder sie schlicht in Vergessenheit geraten sind. Jedes einzelne von ihnen ist ein noch heute vorhandener Erfolg der Nationalsozialisten.